

**651/J XXVIII. GP**

**Eingelangt am 03.03.2025**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Sabine Schatz, Genossinnen und Genossen,  
an die Bundesministerin für Justiz  
betreffend **Schändungen von Gedenkstätten in Österreich im Jahr 2024**

Gedenkstätten, Mahnorte oder Gedenksteine sind sichtbare Zeichen für die Verantwortung der Republik Österreich, die sich aus der Vergangenheit ergibt. Sie arbeiten gegen das Vergessen der Gräueltaten der Nationalsozialisten und erinnern an jene, die aus antisemitischen, politischen, rassistischen, religiösen, weltanschaulichen und anderen Gründen wie der sexuellen Orientierung Opfer der NS-Justiz, Opfer von »Euthanasie«-Mordaktionen, Opfer der Vernichtung, der Lagerhaft und/oder Zwangsarbeit wurden. Sie erinnern an jene, die Widerstand und Verweigerung leisteten und sie mahnen ein aktives Einschreiten gegen Ideologien der Ungleichheiten auch im Heute ein. Gedenkstätten, Mahnorte und Gedenksteine sind wichtige Elemente der politischen Bildungsarbeit, geben Denkanstöße und Reflexionsimpulse.

In den Jahren 2012 und 2024 kam es zu 145 Schändungen von Gedenksteinen/Denkmalen/Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocaust in Österreich.<sup>1</sup> Auch die Gedenkstätte Mauthausen wurde seit dem 1. Jänner 2013 mehrfach geschändet.<sup>2</sup> Die hohe Anzahl an rechtsextremen Schändungen von Gedenkstätten zeigt, dass das nicht bloß seltene Ausnahmen sind.

Die unfertigten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Justiz folgende

### **Anfrage**

1. Wegen wie vieler Schändungen von Gedenksteinen/Denkmalen/Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocaust wurden im Jahr 2024 Ermittlungsverfahren eröffnet? (aufgelistet nach Denkmal, Monat des Vorfalls,

<sup>1</sup> Online verfügbar unter: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB\\_01783/imfname\\_723569.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_01783/imfname_723569.pdf), abgerufen am 12.02.2025 vgl. [www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/9591/imfname\\_1438092.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/9591/imfname_1438092.pdf), abgerufen am 12.02.2025, vgl. [www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/J/18205/fname\\_1621197.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/J/18205/fname_1621197.pdf), abgerufen 12.02.2025

<sup>2</sup> Online verfügbar unter: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB\\_00560/imfname\\_786887.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_00560/imfname_786887.pdf), abgerufen am 12.02.2025

- Bundesland, Ermittlungszeitraum)
2. Wie viele Verfahren wegen vorgefallener Schändungen endeten mit einem (Teil)Schuldspruch im Jahr 2024? (aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Geschlecht)
    - a. Wie viele Verfahren wurden diversionell erledigt? (aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Geschlecht)?
    - b. Wie viele Verfahren wurden ohne Urteil eingestellt (aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Geschlecht)?
    - c. Was sind die häufigsten drei Gründe für Einstellungen von Verfahren, die in den genannten Fällen geführt werden (nach Häufigkeit sortiert)?
  3. Wie viele der 2024 vorgefallenen Schändungen von Gedenksteinen/Denkmalern/Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocaust werden von Ihrem Ressort als „mit rechtsextremistischem<sup>3</sup> Hintergrund“ entsprechend der Einstufung von Straftaten im Verfassungsschutzbericht kategorisiert?
  4. Gegen wie viele Beschuldigte wurde im Jahr 2024 wegen Schändungen von Gedenksteinen/ Denkmälern/ Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocausts in Österreich ermittelt? (aufgelistet nach Denkmal, Bundesland, Jahr, Ermittlungszeitraum, Geschlecht)
  5. In wie vielen der 2024 geführten Ermittlungen wegen Schändungen von Gedenksteinen/ Denkmälern/ Mahnorten für Opfer des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Holocausts in Österreich konnte ein oder mehrere konkrete Verdächtige ermittelt werden?

<sup>3</sup> vgl. die Definition aus dem Verfassungsschutzbericht 2023: „„Rechtsextremismus“ ist die Sammelbezeichnung für politische Auffassungen und Bestrebungen - von fremdenfeindlich/rassistisch/antisemitisch bis hin zur nationalsozialistischen Wiederbetätigung-, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen und diesen mit Mitteln beziehungsweise unter Gutheißen oder Inkaufnahme von Gewalt bekämpfen [www.dsn.gv.at/501/files/VSB/180\\_2024\\_VSB\\_2023\\_V20240517\\_BF.pdf](http://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/180_2024_VSB_2023_V20240517_BF.pdf), S.18, abgerufen am 12.02.2025